

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk.
 Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamzeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945
 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr 31 | Montag, den 6. Februar 1922 | 13. Jahrgang

Der Eisenbahnerstreik dauert weiter.

Die von den Spitzenorganisationen eingeleiteten Vermittlungsverhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Infolgedessen wurden von den beiden sozialistischen Parteien die Verhandlungen mit der Regierung ausgenommen. Ein Berliner Montagblatt meldet, daß im Laufe des Sonntags die sozialdemokratischen Führer Hermann Müller und Weis sowie die Unabhängigenführer Dittmann und Rosenfeld mit dem Reichskanzler in Abwesenheit des Verkehrsministers Ordnungsbefehlungen hatten, ob die Regierung Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft nicht doch aufnehmen könne. Die Streikleitung der Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung die Erklärung der Regierung, daß die Bestimmungen von Streikführern oder Streikenden nicht vorgenommen werden dürfen und daß nach dem Streik sofort Verhandlungen über die Neuregelung der Gehälter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Streikleitung der Eisenbahner verlangt, daß die Regierung das Arbeitszeitgesetz zunächst für die Privatarbeiter und dann erst für die Staatsbediensteten und Beamten fertigstellen soll. Für den Streikabbruch stellt die Streikleitung die Bedingung, daß der Verkehrsminister sämtliche den Direktoren zugegangenen Verfügungen über die Arbeitszeitregelung zurückzieht.

In der Reichskanzlei fanden gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Besprechungen statt, zu denen die Mitglieder des Kabinetts und Führer der in der Regierung vertretenen Parteien erschienen waren. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Lage nach wie vor nach dem großen Gesichtspunkt der Gesamtpolitik, insbesondere der Gesamtsituation Lebensmittels gegenüber dem Auslande und der Weltwirtschaft, beurteilt werden müsse. Man war sich einig, daß der Standpunkt der Regierung gegenüber dem Streik unverändert sei.

Ein amtlicher Situationsbericht.

Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, sind die Wirkungen der Aufforderung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zur Wiederaufnahme der Arbeit im Eisenbahnbetrieb schon an einzelnen Stellen zu bemerken. Insbesondere kehren Lokomotivführer zur Arbeit zurück. In Paderborn z. B. haben 47 Lokomotivführer den Dienst wieder aufgenommen. Der Streikumfang ist im allgemeinen derselbe. Der Notbetrieb wird in stärkerem Umfang durchgeführt. In vielen Bezirken konnten außer den Lebensmittelzügen Kohlenzüge und in beschränkter Maße Personenzüge gefahren werden. Die Nachricht, daß im Essener Bezirk der gesamte Verkehr ruhe, ist unzutreffend. Schon gestern sind dort Lebensmittelzüge und einige Kohlenzüge, darunter solche mit Reparationskohle, gefahren worden. Heute soll der Kohlenverkehr, insbesondere der Transport von Reparationskohle, in stärkerem Umfang aufgenommen werden. Auch in Breslau verkehren eine große Menge Kohlenzüge. In Halle ist die Versorgung der Industrie mit Kohle sichergestellt. Vereinzelt sind Sabotageakte verübt worden. Im Dresdener Bezirk wurden Eisenbahnschwellen auf die Schienen gelegt und Signale beschädigt. Im Direktionsbezirk Elberfeld wurde ein aus Ohligs ausfahrender Personenzug, der von Oberbeamten geführt wurde, beschossen.

Ausdehnung der Streikbewegung.

Freiburg, 5. Februar. Nach einer Mitteilung der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe ist auch in Baden der Eisenbahnerstreik heute nacht 12 Uhr ausgebrochen. Der Eisenbahnverkehr in Ober- und Mittelbaden ruht seit heute nacht vollkommen. Die technische Nothilfe ist aufgerufen worden, um den in Aussicht genommenen Notverkehr durchzuführen.

Die „Mecklenburgische Zeitung“ meldet: Seit heute nacht ruht auch in Mecklenburg der Zugverkehr, da sich das Eisenbahnbetriebspersonal dem Streik angeschlossen hat. Einige wenige Lokalzüge sind im Laufe des Vormittags noch in Schwerin eingetroffen. Das Aufhören des Bahnverkehrs hat eine schwere Störung der Milchversorgung der Landeshauptstadt zur Folge.

Die Folgen des Streiks.

Der Streik der Eisenbahner hat den Eintritt der bereits vor Streikausbruch drohenden Krise in der Kohlenversorgung Berlins beschleunigt. Die städti-

schen Werke besitzen heute noch Kohlenvorräte für einige Tage. In einigen Fabriken sowie in mehreren Bäckereien hat die Kohlenknappheit bereits die Einführung von Kurzarbeit notwendig gemacht.

Die Kruppwerke in Magdeburg legen wegen Kohlenmangel Montag abend ihren Betrieb still.

Berlin, 4. Febr. (W.F.B.) Aus Anlaß des Verkehrsstreiks sind die Sitzungen des preussischen Landtages, die für Dienstag anberaumt waren, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Aus gleichem Anlaß hat der vorläufige Reichswirtschaftsrat seine Sitzung vom 8. d. Mts. auf den 15. Februar festgesetzt.

Streik der städtischen Arbeiter Berlins.

In einem Streit zwischen den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und dem Magistrat Berlin sprach ein vom Arbeitsministerium eingeleitetes Schiedsgericht einen Schiedsspruch dahingehend aus, daß der alte Manteltarif noch bis zum 30. Juni Gültigkeit haben soll. Da die Arbeitnehmererschaft den alten Manteltarif bis mindestens zum Jahresfuß in Gültigkeit haben will, kam es in einer Funktionärversammlung der städtischen Arbeiter und Angestellten am Freitag abend zu lebhaften Auseinandersetzungen. Wegen den Wunsch der Organisationsführer wurde beschlossen, den Schiedsspruch abzulehnen und unverzüglich in den Streik zu treten. Der Streikausschuß, der in der Funktionärsitzung gewählt wurde, sprach Sonnabend abend den Streikbeschuß aus. Danach stellten die Arbeiter der Elektrizitätswerke am Sonntag früh 1 Uhr, die Gasarbeiter am Sonntag früh 6 Uhr die Arbeit ein. In den Wasserwerken sollen die Notstandsarbeiten verrichtet werden. Diejenigen Arbeiter, die in Lebensmittelabteilungen beschäftigt sind, sollen auf ihren Posten bleiben. Auch die Angestellten sollen vorläufig ihren Dienst weiter versehen und erst bei einer eventuellen Verschärfung des Streiks die Arbeit niederlegen.

Infolge des Streiks ist gestern morgen die Licht- und Kraftversorgung sowie die Wasserversorgung eingestellt worden. Die Versorgung mit Gas ist auf ein Minimum eingeschränkt. Die elektrische Straßenbahn hatte bereits Sonnabend abend gegen 10 Uhr den Betrieb eingestellt. Von sämtlichen städtischen Verkehrsmitteln verkehren nur noch die Hoch- und Untergrundbahn, die über eigene Kraftanlage verfügt, und die Autoomnibusse. Selbstverständlich reichen sie trotz deren Ueberfüllung nicht im geringsten aus, den Verkehr zu bewältigen.

Der Polizeipräsident setzte die technische Nothilfe für die Wasserwerke ein. Bei einigen Werken wird sie indessen nichts anrichten können, weil zu ihrem Betrieb elektrischer Strom nötig ist. Sonntag nachmittag waren etwa 1/4 der Bevölkerung mit Wasser versorgt.

In einem Aufruf an alle städtischen Arbeiter und nicht ständig Angestellten teilt der Magistrat mit, daß er in seiner heutigen Sitzung den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen hat. Er ruft alle Arbeiter und nicht ständig Angestellten auf, auch ihrerseits den Spruch des Schlichtungsausschusses anzunehmen und zu verhindern, daß über die städtischen Betriebe und über die städtische Wirtschaft eine Katastrophe hereinbricht, die letzten Endes am schwersten die Arbeiter und Angestellten selbst treffen müßte.

Generalfreikpropaganda.

In der Funktionärversammlung wurde der Beschluß gefaßt, daß der A. D. G. B. sofort den Generalfreik erklären soll. Dieser Beschluß ist nicht ohne Wirkung geblieben. In einer Erklärung des Polizeipräsidenten heißt es, daß nach Mitteilungen aus berufenen gewerkschaftlichen Kreisen bereits versucht werde, die Streiklage von linksradikaler Seite politisch auszunutzen. Der Polizeipräsident erwartet, daß der besonnene Teil der Berliner Arbeiterschaft alles daran setzen wird, dem unverantwortlichen Treiben ein Ziel zu setzen. Sollte trotzdem versucht werden, die öffentliche Ruhe gewalttätig zu stören, so ist die Polizei genügend vorbereitet, jeden Versuch im Keime zu ersticken.

Poincarés Reparationspolitik.

Poincaré hat Sonnabend im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf die letzten deutschen Gegenanschläge in der Reparations-

frage Erklärungen abgegeben, aus denen hervorzugehen scheint, daß die Reparationskommission Schwierigkeiten begegnen müsse. Dubois habe sogar seine Demission als Vorsitzender der Kommission geben wollen. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Frankreich in der Reparationskommission nicht die Mehrheit habe, die es im Verhältnis zu seinen Forderungen haben müsse. So finde es noch Bürgschaft in dem Funktionieren eines Organismus, der sich nur auf den Versailler Vertrag stütze. Frankreich werde sich keiner Konferenz anvertrauen, die ständig allen möglichen wandelbaren Einflüssen der englischen Politik unterworfen sei.

Der französische Botschafter in Rom übermittelte Freitag Poincaré eine Mitteilung der italienischen Regierung über die Orientfrage. Das italienische Kabinett, durch dessen Sturz die Note allerdings an Wert verliere, scheine im großen und ganzen den Standpunkt der englischen Regierung einzunehmen.

Die Miswirtschaft im französischen Wiederaufbaugebiet.

Bei der Beratung über das Budget für die befreiten Gebiete kritisierte unter lebhaftem Widerspruch der Kammer der sozialistische Abgeordnete Inghels die bisher für den Wiederaufbau angewandten Methoden. Er sprach von Verschwendung, deren Opfer die Bewohner der Kampfzone seien, und von mangelhaften Geldgeschäften, beschuldigt die Führer der Textil- und Metallindustrie, auf die Verwaltung der verwüsteten Gebiete die Hand gelegt zu haben, und verlangt Verwendung deutscher Materialien und Heranziehung deutscher Arbeiter.

Das Ende der Washingtoner Konferenz.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz tritt heute zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Unterzeichnung der Verträge und eine Rede des Präsidenten Harding. Die Konferenz hat drei Monate gedauert. Den Namen Abrüstungskonferenz verdient sie nur in Beziehung auf die Flottenrüstungen, wo die Hauptmächte schließlich zu einer Einschränkung der Flottenrüstungen sich verständigten. Ferner kam auf der Konferenz das Problem China zur Beratung. Dabei wurde festgelegt, daß Japan die den Deutschen seinerzeit abgenommene Provinz Schantung an China zurückzugeben hat. Der sinesisch-japanische Vertrag über die Regelung der Schantungfrage ist Sonnabend unterzeichnet worden.

Vertagung der sozialistischen Sechsländerkonferenz.

Die internationale sozialistische Konferenz, die am Sonnabend, den 4. Februar in Paris unter Beteiligung von französischen, englischen, belgischen, italienischen und österreichischen Sozialdemokraten begonnen hat, konnte noch nicht in die Beratungen eintreten, da die deutschen Delegierten noch nicht in Paris eingetroffen sind. Ihre Teilnahme ist durch den Eisenbahnerstreik verhindert. Für Deutschland sind von der Sozialdemokratischen Partei die Genossen Otto Weis und Dr. Adolf Braun und von der U.S.P. Ledebour und Crispian delegiert.

Am Schlusse der gestrigen Sitzung der Konferenz wurde an die deutschen sozialdemokratischen Parteien ein Telegramm gerichtet, in dem gesagt wird, für den Fall, daß die deutschen Delegierten durch den Eisenbahnerstreik an der Reise nach Paris verhindert werden würden, würde eine neue Konferenz zu weiteren Verhandlungen und zur Beschlußfassung in aller Kürze nach Frankfurt a. M. einberufen werden. In diesem Falle würde die Pariser Konferenz heute um 2 Uhr geschlossen werden.

Noch kein Ergebnis der Papstwahl.

Sonnabend früh um 9.40 Uhr las Monsignore Zampini in der Sixtinischen Kapelle die Messe in Gegenwart aller Kardinäle. Danach begann die Abstimmung. Kardinal Marini, der gestern krank war, nahm heute an der Sitzung teil. Um 11.55 Uhr stieg aus dem Schornstein ein Rauch von dunkler Farbe empor. Das ist für die draußen harrende Menge ein Zeichen, daß der Wahlgang ergebnislos war. Derselbe Vorgang wiederholte sich auch im Laufe des gestrigen Tages mehrmals.

Freie Schlichtung. Der Östler Dr. ...

100 Zentner Zucker gesperrt. In dem Jahre 1919/20 ...

Schmuggelverbot. Der Kaufmann ...

Ein angelegener Hausdiener ist der noch jugendliche ...

Verschwinden ist seit dem 23. Januar der 82 Jahre ...

Pollzeibericht vom 5. und 6. Februar 1922. Festgenommen 19 Personen ...

Filmchau. Lichtbild-Theater Langenmarkt. Das große Filmmerk ...

Aus dem Osten.

Die Eisdecke des Frischen Hafes ist jetzt 40 bis 50 Zentimeter ...

Stolz. Eingegangene Zeitung. Mit dem 1. d. M. ...

Fregstadt. Einen herben Verlust hat unser Parteiverein ...

Ein über Veranlassung wurde auch eine ...

Altenheim. Eine Rotgelbfieber-Epidemie ...

Polizeibericht. Bei der Arbeit verunglückt. Auf dem ...

Stettin. Grobfeuer. Nierengebrennt ist die ...

Stettin. Die Fahrt ins Stationsgebäude. Der Zug ...

Podest. Blutvergiftung durch eine Kage. Von einer ...

Ein gutes Geschäft. Der polnische Staat scheint mit den ...

Volkswirtschaftliches.

Die Geschäftsergebnisse der „Volkswirtschaft“ 1919-1921. ...

Die Arbeitsverhältnisse Frankreichs. Aus den letzten ...

Ueberwindung des Denkmal-Rummels. Statt eines ...

Auch der Reichskriegerbund „Kampfhäuser“ scheint in ...

Handwerks. In Antwerpen wurden Sonnabend ...

Die Verurteilung der Kreditbank. Das ...

Geheimnisvoller Selbstmord. In der Papierfabrik ...

Eine schwere Epidemie von Maul- und Klauenseuche ...

Schweres Erdbeben in Kalifornien. Im Norden von ...

Rückwärtsloser Kampf gegen die Schieber. Nichts ...

Ein brennende Straße. In Gelsenkirchen stelen zwei ...

Der tapferste Brief. Folgende heiklere Stoffe finden ...

Der Gipfel der Gefühllosigkeit. Vor dem St. Johannes- ...

Der elektrische Tod im Straßenbahnwagen. Im ...

Geschäftliches.

Wirtschaftsernung und Maggi's Würze. An Stelle teuren ...

Rohndämpfe in Danzig.

Streik der Springlagerarbeiter.

Die Springlagerarbeiter hatten ihren bisherigen Tarifvertrag dem Verein der Springlagerarbeiter gefündigt und neue Forderungen dem Arbeitgeber-Verband unterbreitet. Da das Entgegenkommen der Arbeitgeber ungenügend war, wurde am 1. Februar der Streik beschlossen und sofort vollzogen.

Schiedspruch für das Konditorgewerbe.

Nach Ablehnung der geforderten Tarifforderung durch die Konditor-Zwangsgewerkschaft, stiftete der Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung vom 2. 2. 1922 folgenden Schiedspruch:

1. Lohn e: Vom 1. Februar 1922 ab sind folgende Wochenlohnbestimmungen zu gelten: a) für Gehilfen bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 275 Mark, b) für Gehilfen bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 350 Mark, c) für Gehilfen über 24 Jahre 400 Mark, d) für Gehilfen in leitender Stellung beim Nichtschaffmann tritt zu diesen Löhnen ein Zuschlag von 50 Mark.

2. Kost und Logis. Der Kost- und Logisbeitrag fällt fort. Wird Kost und Logis gewährt, so können für Kost 100 Mark, für Logis 20 Mark pro Woche in Abzug gebracht werden.

3. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag zum Lohne bezahlt.

4. Urlaub u. a. Unter Fortzahlung des Lohnes wird allen Gehilfen nach einjähriger Beschäftigungsdauer ein Urlaub von 8 Tagen, jedes weitere Jahr 2 Tage mehr, bis zur Höchstgrenze von 14 Tagen gewährt.

Die Parteien erhalten eine Frist bis zum 9. Februar 1922 einschließlich zur Erklärung über die Annahme des Schiedspruchs.

Die Lohnbewegung der Hafenarbeiter.

Die Lohnbewegung der Hafenarbeiter hat dadurch ihren Abschluss gefunden, dass die bisherigen Tageslöhne um 15 Mark, also auf 124 Mark erhöht wurden. Diese Vereinbarung gilt bis auf weiteres und kann am 1. und 15. jeden Monats mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden.

Die Lohnbewegung der Weichselholzarbeiter beendet.

Die Weichselholzarbeiter hatten dem Verband Danziger Arbeitgeber des Holzgewerbes den Tarifvertrag zum 1. Februar 1922 gekündigt und den Arbeitgebern neue Forderungen unterbreitet. Die Verhandlungen, die vor einigen Tagen stattfanden, gestalteten sich schwierig, da auf Arbeitgeberseite kein genügendes Entgegenkommen gezeigt wurde.

Zuschlag von 200 Mark gezahlt. — Die Zuschläge für Ueberstunden werden ebenfalls erhöht. — Für Nachwachen wurden 75 Mk. pro Nachwache festgesetzt.

Bezüglich des den Arbeitern zustehenden Solzes wird es bei den bisherigen Bestimmungen.

Diese Vereinbarungen wurden von den Weichselholzarbeitern in einer stark besetzten Versammlung gutgeheißen und ein Vertrag bis zum 31. März 1922 auf der vorgeschriebenen Grundlage geschlossen.

Die Sondergerichte.

Für Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf über die besonderen Gerichte für die Arbeitnehmer in Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben vorgelegt. Zahl und Sitz dieser Gerichte bestimmt der Senat im Verordnungsweg. Die Sondergerichte sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig, wenn der Streit aus dem Arbeitsverhältnis entstanden ist.

Die Gerichte für kantonalen und kommunalen Betriebe und Behörden sollen die Streitigkeiten aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnis zwischen kantonalen oder kommunalen Betrieben und Behörden als Arbeitgeber und ihren Arbeitnehmern einschließlich der Angestellten entscheiden. Die Sondergerichte sind ebenfalls zuständig ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes.

Ausführung der „Jahreszeiten“ vor 2000 Volksschülern.

Gelegentlich der Danziger Schulkonferenz war als eines der besten Mittel, den Kunstgeschmack des Volkes zu wecken, allseitig betont worden, man müsse dem Kinde Gelegenheit geben, gute Kunstwerke zu sehen und zu hören. Infolge dessen hat Herr Musikdirektor S. Winder der Schulverwaltung an die „Jahreszeiten“ von Janin, welche in der vergangenen Woche aufgeführt wurden, als Sonderaufführung für 2000 geladene Knaben und Mädchen aus den Danziger Volksschulen zu wiederholen.

Kreisrat des Kreises Danziger Höhe.

Auf dem am 4. Februar tagenden Kreisrat des Kreises Danziger Höhe wurde der Vorschlag des Kreisrathes zur Regelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse insofern angenommen, daß der Leiter des Wohlfahrtsamtes in die Gruppe der Kreisrathes-Überschreiter aufgenommen wurde.

Weiter beschloß der Kreisrat, daß die Kommune der Ueberlandstrasse nach dem Vorschlag der Kommission, wie wir sie bereits in einer früheren Sitzung der „Volkshaus“ veröffentlicht, festgesetzt wurden, jedoch mit der Einschränkung, daß nicht die Kommission, sondern der Kreisrat auch in Zukunft die Preise festsetzt.

Der Berichterstatter, Kreisrathsabgeordneter Hamminger, kritisierte aus prinzipiellen Gründen die Jahresrechnung der Kreis-Kommunalkasse, und zwar bereits darin, daß der Kreisrath die Berechnung nur für einige Gemeinden Beihilfen zu Brunnen- und Pumpenanlagen gegeben habe. Er wünschte, daß diese Beihilfe allen Gemeinden engteils werde.

Unser Gen. Brill ging noch einmal auf die Angelegenheit ein und wünschte, daß die 2000 Mk. für Versicherung der Einwohnerwehren gestrichen werden sollten und daß diese der Kreis-Kassenschatz selbst tragen soll.

Eine lebhaftere Aussprache führte der Antrag Brill, Hamminger und Kewald über Neufestsetzung der Grundsteuer herbe, nach denen Kreis-Beihilfen zum Gemeindebau gewährt werden sollen. Der Kreisrath und ein Teil der Abgeordneten wehrten sich gegen diesen Antrag.

Der Erwerbslosenfürsorge-Ausschuss wurde neu gewählt, in den von Arbeitnehmersseite die Herren Mantla, Sommer und Renfer, als Ersatze die Herren Friedrich, Kisch und Reglinzki, von Arbeitgeberseite Chyl, Krawitzki und Wöltcher, als Ersatze Bukatowski und Dbor gewählt wurden.

Auf die Vorschlagsliste der zu Amtsvorstehern befähigten Personen für den Amtsbezirk Metzerwalde wurden zu den bereits Vorge schlagen die Herren Voltrecht-Grenzdorf und v. Mierzalewski-Schernau gewählt.

Der Antrag unseres Gen. Brill, der Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Höhe das von der Kreispartakasse übermiesene Darlehen von 80 000 Mk. der Ortskrankenkasse zu erlassen, wurde abgelehnt.

Advertisement for Hans, a 4-year-old child who died. Bruno Ewert u. Frau Martha geb. Leppin.

Official announcement regarding the order concerning the trade of milk and butter, dated May 22, 1916 and August 18, 1917.

Official announcement regarding the price of milk, set by the Senate of the Free City of Danzig on February 4, 1922.

Advertisement for a travel agency, mentioning agents and services for Danzig, including references to the Senate and various travel documents.

Advertisement for 'Der Frauen Hauschach', a yearbook for working women and daughters, published by Wilhelmine Kähler.

Advertisement for the Stadttheater Danzig, featuring 'Der Troubadour' and listing various performances and ticket prices.

Advertisement for the Wilhelm-Theater, featuring 'Der Tanz ins Glück' and 'Der Vogelhändler'.

Advertisement for a lawyer, H. Bail, located at Große Krämergasse 101.

Advertisement for 'Ueber proletarische Ethik' (On proletarian ethics), published by 'Volkswacht'.

Advertisement for 'Zeitungsträgerin' (Newspaper carrier) for 'Danziger Volksstimme'.

Advertisement for 'Volkfürsorge' (People's care) and 'Nähmaschinen' (Sewing machines) by L. Fenselau & Co.